



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Leben in deutschen Städten 2007 Sonderauswertung der BBR-Bevölkerungsumfrage

Seit 1985 werden im Rahmen der BBR-Umfrage jährlich Menschen nach Ihren Lebensbedingungen in den Bereichen Wohnen, Nachbarschaft, Mobilität und wirtschaftliche Lage befragt. Die Fragen beziehen sich sowohl auf eine Beschreibung der entsprechenden Lebensumstände als auch auf deren Bewertung. Die Auswahl der Befragten repräsentiert die Struktur der Privathaushalte wie auch die Raumstruktur Deutschlands. So kann unterschieden werden, wie Menschen in Stadt und Land, in Nord und Süd, in Ost und West und/oder wie sie in Einpersonnen- bzw. Mehrpersonnen-/Familienhaushalten leben.

Die jüngste Erhebung hat das Institut TNS Infratest Sozialforschung im Oktober und November 2007 für das BBR durchgeführt. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung konnten über das Standardfragenprogramm hinaus zahlreiche neue Informationen zu Lebensbedingungen in städtischen Wohngebieten gewonnen werden. Das BBR stellt nun 20 ausgewählte Themen in der Sonderveröffentlichung „Leben in deutschen Städten 2007“ vor. Die Umfrageergebnisse 2007 lassen sich zu vier Problemfeldern zusammenfassen:

(1) Die Realität der Stadt im Widerspruch zum Ideal des Ländlichen

Nie zuvor äußerte sich im Rahmen einer BBR-Umfrage die Stadtbevölkerung so zufrieden mit ihrem Leben wie im vergangenen Herbst. Zugleich gaben noch nie so wenige Stadtmenschen als Wunschwohntort die Großstadt an. Geht es aber konkret um die wohnungsnahen Infrastrukturausstattung, so

wird diese von den Befragten umso besser beurteilt, je größer die Stadt ist.

Ähnlich lauten die Befunde, wenn nach den allgemeinen Lebensbedingungen am Wohnort gefragt wird: Die meisten abgefragten Aspekte erhalten höhere Zufriedenheitsurteile, je größer die Stadt ist. Entsprechend wird auf die Frage nach dem konkreten Umzugsziel bei einem geplanten Wohnungswechsel von der städtischen Bevölkerung mehrheitlich derselbe oder ein benachbarter Stadtteil angegeben.

Offensichtlich zeigen sich im Ideal des Ländlichen also weniger konkrete Missstände als grundsätzlichere Ängste und Befürchtungen – etwa die zunehmende Furcht vor Arbeitsplatzverlusten, Abstiegsängste von Mittelschicht Haushalten oder der Wunsch nach tragfähigen sozialen Netzwerken. Aber: Auch wenn anzunehmen ist, dass das Ideal eines Lebens auf dem Lande aus solch alltäglichen Verunsicherungen entsteht, weist es auf ein Suburbanisierungspotenzial hin, falls eine Stadt kein angemessenes Wohnungsangebot bereitstellen kann.

(2) Veränderung städtischen Lebens als Folge zunehmender Individualisierung

In Großstädten ist bereits jeder zweite Haushalt ein Einpersonnenhaushalt. Für ein Wohngebiet haben unterschiedlich viele Einpersonnenhaushalte je nach dominierender Altersgruppenzuordnung unterschiedliche Konsequenzen. Je jünger Alleinwohnende sind, umso weniger kümmert sie Nachbarschaft und die Mitwirkung in sozialen Zusammenschlüssen. Die Sorge um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ist wesentlich vordringlicher.

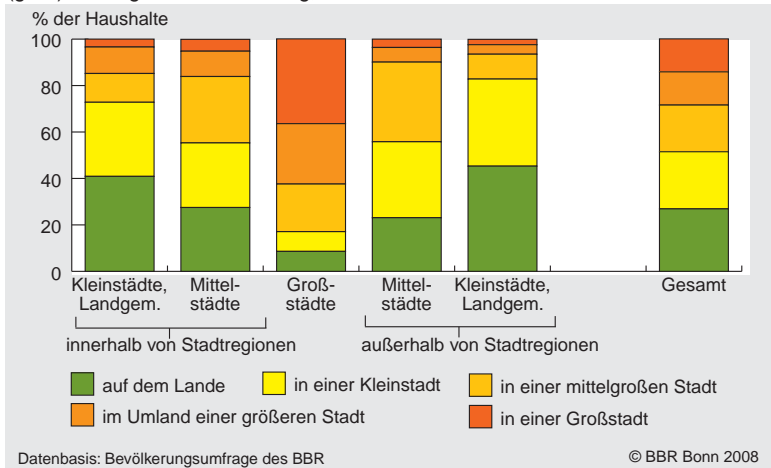


Die Broschüre ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 10,00 Euro

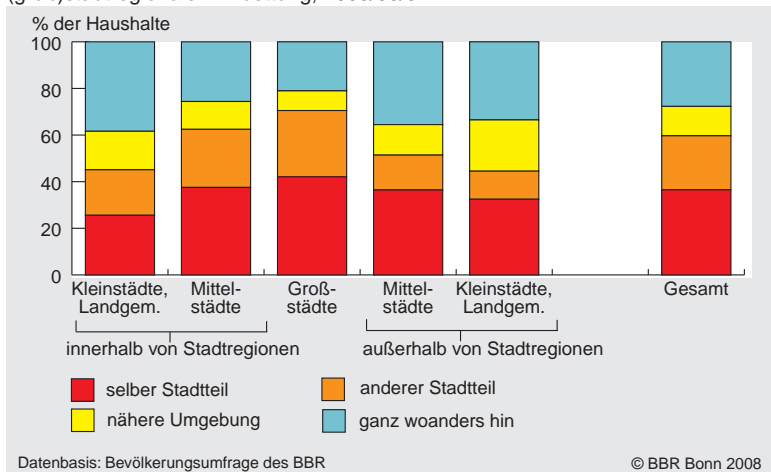
Inhalt:

- Leben in deutschen Städten 2007
- CD-ROM „INKAR 2007“
- Viel Bewegung in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
- Überregionale Partnerschaften
- Metropolregionen – Chancen der Raumentwicklung durch Polyzentralität und regionale Kooperation
- BIWAQ-Interessenbekundungsverfahren gestartet
- Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen
- Region schafft Zukunft
- Wanderungen – Neue Trends und Perspektiven
- 500 Kommunen in Deutschland mit Integrationsbedarf
- [Neues aus der Forschung](#)

Wunschwohrtyp nach derzeitigem Stadt-/Gemeindetyp und (groß)stadtregi­o­naler Einbettung, 2007



Umzugsziele bei geplanten Umzügen nach Stadt-/Gemeindetyp und (groß)stadtregi­o­naler Einbettung, 2005/06/07



Netzwerke im Wohngebiet werden vor allem über Kinder neu geknüpft. Aber gerade Kinder sind für viele Familien der Grund, sich auf Wohnungssuche zu machen. Enge Wohnungsmärkte führen Familien dann häufig trotz ursprünglich anderer Absichten an den Stadtrand oder ins Umland der Städte.

Innerstädtisch entstehen so je nach Lagequalität häufig unverbindlichere Nachbarschaften von hochmobilen Haushalten mit geringen zeitlichen Ressourcen oder sozial gefährdete Nachbarschaften mit zahlreichen ökonomisch schwachen und/oder Migrantenhaushalten.

(3) Stigmatisierung durch Armut und Migration

Städte bieten vielfältigere und bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, was Land-Stadt-Wanderungen fortbestehen lässt. Zugleich sind vor allem Wohnkosten, aber auch zahlreiche Konsumgüter in Städten kostspieliger als in ländlichen Regionen.

Entsprechend schätzen die befragten Haushalte in Großstädten ihre wirtschaftliche Lage vergleichsweise am schlechtesten ein. Diese Selbstbeurteilung spiegelt auch die Tatsache wider, dass in großen Städten die Singularisierung am weitesten fortgeschritten ist. Mit zunehmendem Grad der Verstädterung steigt vor allem der Anteil junger Singles und Alleinerziehender. Sie verfügen über deutlich weniger Geld und haben gleichzeitig hohe Bedarfe. Es ist zu erwarten, dass ihr Anteil in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird.

Wer weniger Geld hat, für den ist das Wohnungsangebot begrenzt. Entsprechend treffen sich Wenigverdienende, Migranten und auf Zuwendungen Dritter Angewiesene in Wohngebieten schlechterer Qualität. Solche Gebiete können zum Problemfall werden, wenn sich ihr schlechter Ruf verfestigt. In der neuen Umfrage wird deutlich, dass eine arme Nachbarschaft aktuell stärker stigmatisiert als eine ausländische Nachbarschaft. Dieser Befund geht mit dem erfreulichen Ergebnis zunehmender Integrationsbereitschaft in der Bevölkerung und dem bedenklichen Ergebnis der zunehmenden Wahrnehmung von Armut einher.

(4) Bewegung in der Gesellschaft und im Städtesystem

Soziale und räumliche Mobilität greifen ineinander. In der Gesellschaft haben sich in den vergangenen Jahrzehnten neue Lebensstile und Milieus herausgebildet, die höchst differenzierte Ansprüche an die Gestalt der Stadt stellen. Alterung, Internationalisierung, Individualisierung und Bevölkerungsbewegungen tragen zum stetigen Wechsel bei.

Städte ändern ihre Einwohnerzahl hauptsächlich infolge von Wanderungen. Die meisten Umzugswilligen beabsichtigen aus beruflichen Gründen den bisherigen Wohnort zu verlassen. Die ökonomischen Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen verstärken wiederum die Individualisierung mit entsprechenden Folgen für Wohnungsmarkt und Wohngebiete.

Städte sind als Lebensorte sehr unterschiedlicher Menschen von entsprechend großer Vielfalt und ständigen Wandlungen unterworfen. Stadtpolitik muss somit nicht nur kleinteilig, sondern auch immer wieder neu genau hinsehen. Die BBR-Umfrage kann dafür differenziert Stimmungen in der Bevölkerung einfangen und zur Vermittlung der Bürgermeinung beitragen.

Kontakt:

Dr. Gabriele Sturm
Referat I 6
Raum- und Stadtbeobachtung
Tel.: 0228 99 – 401 13 60
E-Mail:
gabriele.sturm
@bbr.bund.de

CD-ROM „INKAR 2007“ – Kompendium zu Standort- und Lebensbedingungen in Deutschland und Europa

Die aktuelle Ausgabe 2007 der jährlich erscheinenden CD-ROM INKAR „Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung“ enthält mehr als 800 Indikatoren, die nach insgesamt 23 Themenbereichen gegliedert sind. Das Spektrum umfasst Arbeitslosigkeit, Bauen und Wohnen, Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung einschließlich Bevölkerungsprognose, Bildung, Einkommen und Verdienst, Flächennutzung, medizinische Versorgung und Infrastruktur, Öffentliche Haushalte, raumwirksame Mittel, Siedlungs- und Sozialstruktur, Verkehr und Erreichbarkeit sowie Wirtschaft.

Räumliche Bezugsebene für die Mehrzahl der Indikatoren ist die Bundesrepublik, differenziert nach verschiedenen administrativen (z. B. Kreise, Länder) und nicht-administrativen (z. B. Raumordnungsregionen, Siedlungsstrukturtypen, städtische und ländliche Gebiete) Raumbezügen. Die Gemeindeebene wird flächendeckend über die rund 4 700 Gemeindeverbände abgebildet. Für zahlreiche Indikatoren ist eine EU-weite Regionalanalyse auf den Ebenen NUTS 0, 1 und 2 möglich.

Zeitlicher Bezug der Indikatoren ist im Allgemeinen das Jahresende 2005. Eine Vielzahl von Indikatoren ist als Zeitreihe mit Werten für Einzeljahre, beginnend mit 1995, berechnet worden. Sie ermöglichen einen uneingeschränkten Entwicklungsvergleich über den angebotenen Zeitraum. Zu jedem Indikator sind detaillierte Informationen über statistische Grundlagen, Berechnungsalgorithmus, Hinweise zur Interpretation und zum Aussagegehalt abrufbar.

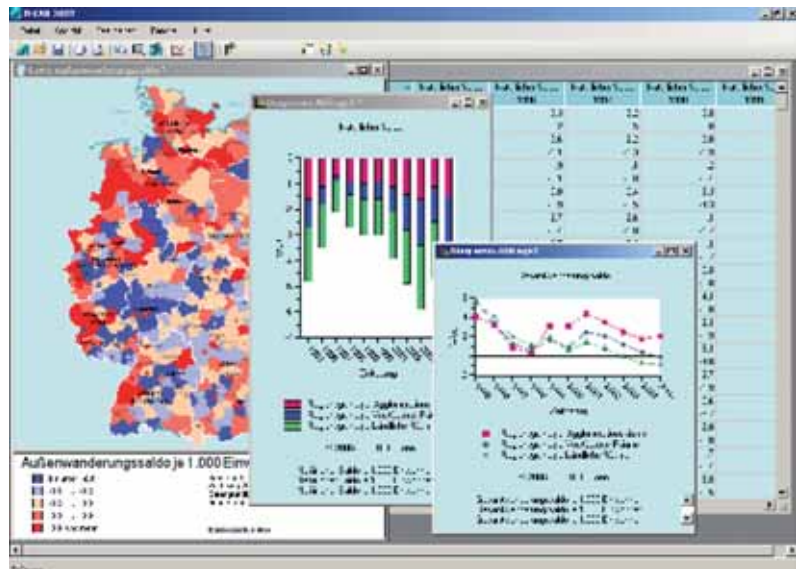
Modernes, nutzerfreundliches Arbeitsmittel

INKAR 2007 präsentiert sich als modernes Arbeitsmittel und ermöglicht einen flexiblen Zugang zu vielfältigen regionalstatistischen Informationen. Das nutzerfreundliche Assistentenkonzept bietet zahlreiche Optionen zur raum- und zeitvergleichenden Analyse regionaler Lebensbedingungen. Die CD wurde mit dem begehrten Microsoft Customer Experience Award ausgezeichnet.

Mit wenigen Mausklicks können alle Indikatoren als thematische Karte dargestellt werden. Die farbliche Darstellung der Flächen, das Klassenbildungsverfahren sowie die Anzahl der Werteklassen und die Schwellen-

werte können vom Nutzer modifiziert werden. Eine stufenlose Zoomfunktion ermöglicht die vergrößerte Darstellung beliebiger Kartenausschnitte mit zusätzlichen Detailinformationen. Der Nutzer kann die Karten ausdrucken und in alle gängigen Grafikformate sowie ins HTML-Format exportieren, um sie in eigenen Dokumenten weiterzuverwenden.

Alle Indikatoren können auch als Säulen-, Linien- oder Kreisdiagramm dargestellt werden. Diagrammdarstellungen eignen sich besonders für die nicht-kartierbaren (nicht-administrativen) Raumeinheiten wie Kreis- und Regionstypen, oder auch, wenn man nur eine Auswahl einzelner Kreise und Regionen miteinander vergleichen möchte. Auch die Grafiken lassen sich ausdrucken und exportieren.



Mit der CD-ROM INKAR 2007 bietet das BBR ein umfassendes, detailreiches Instrument mit aktuellen Informationen für alle diejenigen an, die an genauen Kenntnissen über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen interessiert sind und verlässliche Grundlagen für die Informationsvermittlung (etwa Medien, Schulen) oder für politische und wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen benötigen.

Weitere detaillierte Informationen zu INKAR und zum räumlichen Informationssystem auf der Website des BBR unter www.bbr.bund.de.



Die CD-ROM „INKAR Ausgabe 2007“ ist zum Preis von 75,00 Euro (erm. 45,00 Euro) zzgl. Versand zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de

Kontakt:

Helmut Janich
Petra Kuhlmann
Referat I 6
Raum- und Stadtbeobachtung
Tel.: 0228 99 – 401 22 58
401 22 63

E-Mail:
helmut.janich@bbr.bund.de
petra.kuhlmann@bbr.bund.de



Viel Bewegung in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Mit der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die fachpolitische Initiative ergriffen, um die Ziele der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ mit Leben und Inhalt zu füllen. Stadt und Zusammenleben in der Stadt sollen zu öffentlichen Themen werden.

Die Schwerpunkte der Initiative wurden in einem Auftaktkongress im Juli 2007 erstmals vorgestellt. Verbunden damit war ein Aufruf, Projekte zu benennen, die der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ein Gesicht und eine Richtung geben können. Mehr als 300 Vorschläge wurden eingereicht und unter Regie des BBR ausgewertet. Viele davon fördert der Bund bereits als Pilotprojekte.

2. Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik in München

Um die Nationale Stadtentwicklungspolitik weiter zu profilieren, bedarf es eines breiten öffentlichen Diskurses. Hierzu hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeinsam mit der Bauministerkonferenz, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund am 17. und 18. April 2008 in München den „2. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik“ durchgeführt.

Neben Vorträgen zu Zielen, Handlungsfeldern und Projekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bot der Kongress den mehr als 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor allem Möglichkeiten zu Diskussion und Austausch. Ein engagiert angenommenes Format hierzu boten die „Zukunftssarenen“ zu den Themen „Zivilgesellschaft und Soziale Stadt“, „Stadtqualitäten – Baukultur“, „Stadt und Region“ sowie „Klimaschutz und globale Verantwortung“. Die moderierten Diskussionen mit Praktikern setzten einen kreativen Rahmen, um eigene



Erfahrungen in die Debatte einzubringen und Ideen zur weiteren Ausgestaltung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einzubringen. Dabei konzentrierten sich Vorträge und Diskussionen nicht allein auf die deutsche Szene: Die europäische Stadtentwicklung war ein wichtiges Thema. Vorträge, Themen und Statements aus den Niederlanden, Frankreich, England, der Slowakei und Ungarn ließen den Blick über den deutschen Tellerrand hinaus wandern.

Bundesminister Wolfgang Tiefensee charakterisierte in seiner Rede die Nationale Stadtentwicklungspolitik als ein Gemeinschaftsprojekt aller in Deutschland an Stadtentwicklung Beteiligten, als ein Kooperationsprojekt, das einmalig sei und in Europa seinesgleichen suche. Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik werde Politik mit und für die Stadt gemacht. Wichtig sei es dabei, dass diese Politik vor Ort konkret werde, betonte Tiefensee.



Die Nationale Stadtentwicklungspolitik zielt auf die Verbesserung der Instrumente, die für die Stadtentwicklung zur Verfügung stehen. Dabei stehe eine Neuausrichtung der Städtebauförderung ebenso im Fokus wie die Förderung innovativer, erfolgreicher und damit nachahmungswerter Projekte. Mit der Initiative wolle man aber auch Raum und Anlass zur Kontroverse sowie für öffentliche und offene Diskussionen geben, sagte Tiefensee.

Passend zum internationalen Part des Kongresses ist von BBR und ARL ein Heft der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ mit dem Schwerpunkt „Nationale Stadtpolitiken im Rahmen der Europäischen Integration“ erschienen und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses zur Verfügung gestellt worden. Das Heft gibt

einen Einblick in die Herausforderungen, vor denen Stadtentwicklung und Stadtpolitik europaweit stehen, und es führt ebenso in die Entwicklungslinien der Stadtpolitik ein – sowohl der Europäischen Union als auch einzelner Mitgliedstaaten. Hier spannt sich ein Bogen von England, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland bis hin zu den neuen Mitgliedstaaten der EU in Osteuropa.

Neuer Projektauftrag gestartet

In München ist der zweite Projektauftrag zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Deutschland verkündet worden. Alle Akteure der Stadtentwicklung sind aufgerufen, ihre Projektideen beim BBR einzureichen. Es können bis zur Hälfte der Projektkosten, z. B. in Form von Zuwendungen, durch den Bund gefördert werden.

Diese Projekte sollen

- innovativ sein und in ihrem Aufgabenfeld dazu beitragen, neue Wege zur Lösung komplexer Herausforderungen zu beschreiten;
- beispielgebend sein und sich Herausforderungen stellen, die auch in anderen Städten die zukünftige Stadtentwicklung bestimmen werden;
- partnerschaftlich konzipiert sein und möglichst die für den Erfolg relevanten Projektbeteiligten einbeziehen.

Die gesuchten Projekte sollen sich in das inhaltliche Profil der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einpassen und deshalb auf einen oder mehrere der folgenden Handlungsbereiche ausgerichtet sein:

- Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft
- Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren – soziale Stadt
- Die Stadt von morgen bauen – Klimaschutz und globale Verantwortung
- Städte besser gestalten – Baukultur
- Die Zukunft der Stadt ist die Region – Regionalisierung

Weitere Informationen zu den Auswahlkriterien und Ansprechpartnern sowie die Antragsunterlagen zum 2. Projektauftrag finden Sie im Internet unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de.

Internetauftritt zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik nun online

Pünktlich zum Kongress in München ist auch der neu gestaltete Internetauftritt zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik veröffentlicht worden.

Unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de präsentieren die Partner der Initiative alle Aktivitäten rund um die Nationale Stadtentwicklungspolitik. Neben den inhaltlichen Grundlagen der Gemeinschaftsinitiative und Veröffentlichungen zur Initiative selbst sowie den Themenschwerpunkten stehen die innovativen Projekte der Stadtentwicklung im Zentrum des Internetauftritts. Die bislang über die Initiative geförderten Projekte werden in Portraits vorgestellt. Der Auftritt wendet sich an all diejenigen, die sich in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in die Prozesse, Projekte und Positionen der Stadtentwicklung einbringen möchten. Er soll zum einen Transparenz schaffen und zum anderen auch das dialogische Element der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützen.

Kontakt:

Dr. Peter Jakobowski
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Stephan Willinger
Referat II 3
Baukultur, Architektur,
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 22 43
401 12 75

E-Mail:
peter.jakubowski@bbr.bund.de
stephan.willinger@bbr.bund.de

The screenshot shows the website interface for 'Nationale Stadtentwicklungspolitik'. At the top, there is a navigation bar with the logo and the text 'NATIONALE STADT ENTWICKLUNGSPOLITIK'. Below this, there are three main sections: 'Projekte im Porträt', 'Nationale Stadtentwicklungspolitik', and 'Veröffentlichungen'. The 'Projekte im Porträt' section features a photo of a group of people sitting around a table, with the text 'Sie sind hier: Startseite'. The 'Nationale Stadtentwicklungspolitik' section contains a paragraph about the initiative's goals and a 'mehr' link. The 'Veröffentlichungen' section lists three publications with their titles and dates. At the bottom, there is a logo for 'DSTGB' and the text 'FRISCHE BLICKE auf die Stadt - Stadt-Bilder, Aktuelle Mitteilungen'.



MORO

Weitere Informationen unter:
http://www.bbr.bund.de/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Forschungsfelder/ÜberregionalePartnerschaften/01__Start.html

Überregionale Partnerschaften

Das Modellvorhaben „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtregionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ soll dazu beitragen, das Leitbild „Wachstum und Innovation“ zu untermauern. Es möchte aufzeigen, dass sich städtische und ländliche, zentrale und periphere sowie wirtschaftsstarke und schwache Regionen in einem partnerschaftlichen Miteinander entwickeln können.



Auf der Basis von 60 Interessenbekundungen haben das BMVBS und das BBR in Zusammenarbeit mit dem Projektmanagement von Institut Raum & Energie nun sieben Modellregionen ausgewählt. Sie sollen in den kommenden zwei Jahren erproben, wie mittels konkreter Projekte und geeigneter Organisationsformen überregionale Partnerschaften gelebt werden können. Dabei handelt es sich um die folgenden Modellregionen:

- Der „Europäische Verflechtungsraum Bodensee“, d. h. das Gebiet der internationalen Bodenseekonferenz mit Teilräumen in Deutschland, der Schweiz, Österreich und Liechtenstein. Ziel ist der Aufbau einer grenzüberschreitenden regionalen Governance und einer funktionsräumlichen Arbeitsteilung.
- Die Modellregion „Kooperation und Vernetzung im Nordosten“, bestehend aus Berlin, Brandenburg und dem östlichen Mecklenburg-Vorpommern. Dabei stehen u. a. die Clusterbildung und die stärkere Einbindung der Ostseehäfen in die Modellregion im Vordergrund.
- Frankfurt/Rhein-Main – Mittelhessen – Rhein-Neckar – Westpfalz als Zusammenschluss „Wissen • Kooperation • Innovation“. Die Regionen streben die Bildung und stärkere Vernetzung von Wissensclustern bei den life sciences an.
- Die „Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg“ umfasst die Metropolregion Hamburg und Teilräume von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Schwerpunkte sind u. a. das Cluster maritimer Wirtschaft und die Ausbildung.
- Die „Europäische Metropolregion Nürnberg“ hat neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ihre Schwerpunkte bei regionalen Wirtschaftskreisläufen und im regionalen Cluster Energie.
- Die „Metropolregion Sachsendreieck“, d. h. das Sachsendreieck und die thüringische Impulsregion (Erfurt, Jena, Weimar) möchte stärker die Wirtschaft und die Wissenschaft vernetzen.
- Die „Metropolregion Stuttgart“ – bestehend aus der Region Stuttgart und den Regionalverbänden Heilbronn-Franken, Ostwürttemberg, Neckar-Alb, Nordschwarzwald – erarbeitet u. a. ein regionales Entwicklungskonzeptes für den gesamten Kooperationsraum.

Die sieben Modellregionen arbeiten an der Umsetzung von insgesamt etwa 30 Teilprojekten. Wie die Abbildung zeigt, verfolgen die Modellvorhaben auf Grund ihrer Ausdehnung sehr großräumige Ansätze, bei denen die unterschiedlichsten Regionstypen eingebunden sind.

Kontakt:

Dr. Rupert Kawka
 Referat I 1
 Raumentwicklung
 Tel.: 0228 99 – 401 13 14
 E-Mail:
 rupert.kawka
 @bbr.bund.de

Metropolregionen – Chancen der Raumentwicklung durch Polyzentralität und regionale Kooperation

Werkstatt: Praxis, Heft 54

Die deutsche Raumordnungspolitik hat dem Konzept der europäischen Metropolregionen eine Schlüsselstellung in der Raumentwicklung zuerkannt. Auch im europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK) von 1999 wurde die Stellung der Metropolregionen hervorgehoben: Die Schaffung eines Netzes von Metropolregionen nimmt dabei eine bedeutende Rolle zur Verbesserung des Wachstums, des räumlichen Ausgleichs und des Zusammenhaltes der EU ein.

Die neuen „Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung“ von 2006 haben dieses Metropolregionen-Konzept weiterentwickelt. Sie benennen elf Metropolregionen in Deutschland, die als großräumige Verantwortungsgemeinschaften die regionale Entwicklung voranbringen und für den regionalen Ausgleich von starken und schwachen Teilregionen sorgen sollen.

Der Bund fördert das Metropolregionenkonzept mit Projekten und Modellvorhaben. Die vorliegende Studie aus dem Forschungspro-

gramm „Aufbau Ost“ des BMVBS untersuchte die ostdeutschen Metropolregionen und insbesondere die Metropolregion Sachsendreieck. Im Mittelpunkt standen dabei

- die Bedeutung und die Rolle dieser Regionen für die Entwicklung der ostdeutschen Länder,
- die Potenziale und Restriktionen der polyzentralen Metropolregion,
- die Entwicklung ausgewählter Handlungsfelder und -strategien für die metropolitane Zusammenarbeit und
- ihre mögliche zukünftige Position im Kontext des europäischen Leitbildes der Polyzentralität.

Wegen der Einordnung der Entwicklung der ostdeutschen Metropolregionen in die gesamtdeutsche Metropolregionenentwicklung und der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere polyzentrale Metropolregionen ist die Studie von allgemeinem Interesse.



Die Veröffentlichung ist kostenfrei und kann bezogen werden bei: sarah.mueller@bbr.bund.de

Bearbeitung:

KoRiS, Hannover (Auftragnehmer)
IÖR, Dresden
IWH, Halle

Kontakt:

Dr. Horst Lutter
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 12
E-Mail: horst.lutter@bbr.bund.de

BIWAQ-Interessenbekundungsverfahren gestartet

BIWAQ steht für Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier und ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, das vom BMVBS mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundes umgesetzt wird. BIWAQ ergänzt das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ um sozial-integrative Projekte. Sie sollen folgende Ziele haben:

- Integration von Langzeitarbeitslosen
- Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit
- Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf
- Stärkung der lokalen Ökonomie.

Im Sinne des integrativen Entwicklungsansatzes von „Sozialer Stadt“ sollen BIWAQ-Projekte im Programmgebiet vernetzt sein und in enger Kooperation mit den relevanten Partnern vor Ort durchgeführt werden. Nach Möglichkeit sollten sie auch in Verbindung mit Investitionen der Städtebauförderung stehen.

Die Umsetzung von BIWAQ erfolgt voraussichtlich in zwei Förderrunden. Die erste Förderunde beginnt 2008 und endet 2012. Die Bewerbung erfolgt zweistufig. In der ersten Stufe werden die eingereichten Interessenbekundungen vom BBR unter Einbeziehung externer Fachgutachter bewertet. Das Fristende für die Einreichung der Interessenbekundungen ist der **26. Mai 2008**. In der zweiten Stufe werden ausgewählte Projektträger aufgefordert, einen Förderantrag beim Bundesverwaltungsamt zu stellen.

Weitere Informationen und Unterlagen wie z.B. die Förderrichtlinie und eine Auflistung der förderfähigen Programmgebiete von „Soziale Stadt“ finden Sie unter www.biwaq.de. Über diese Seite haben Sie auch Zugang zum online-Formularsystem und können am Interessenbekundungsverfahren teilnehmen.



Kontakt:

Orhan Güles
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 12 21
Zentrale E-Mail: biwaq@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist kostenfrei und kann bezogen werden bei:
sarah.mueller
@bbr.bund.de

Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolregionen

Werkstatt: Praxis, Heft 56

Mit der Diskussion um die neuen Leitbilder der Raumordnung wird die immer größer werdende Bedeutung von Metropolregionen als Wachstumsmotoren der Regionalentwicklung deutlich. Neben diesen Regionen gibt es aber auch außerhalb der Metropolregionen viele ländliche Räume, die erhebliche Wachstumspotenziale haben und sich durch eine wachsende Zahl von Bevölkerung, Beschäftigten und eine hohe Bruttowertschöpfung auszeichnen. Solche Regionen standen im Fokus der Studie „Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolregionen“, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden. Auch diesen Regionen muss in Zukunft verstärkt Aufmerksamkeit und Förderung zu Teil werden, um diese positiven Entwicklungstrends zu unterstützen.

Trotz unterschiedlichen Ausgangsbedingungen gleiche Erfolgsfaktoren

Die Ergebnisse zeigen, dass sich trotz unterschiedlicher Ausgangs- und Rahmenbedingungen für alle Untersuchungsregionen gleichartige Erfolgsfaktoren belegen lassen. Die Beispiele verdeutlichen auch, dass selbst unter ungünstigen Ausgangsbedingungen Wachstum und zukunftsfähige Entwicklungen einer Region vor allem durch die Bündelung verschiedener Strategien begünstigt werden. Das sollte auch anderen Regionen Mut machen. Entscheidend ist dabei, die regionale Entwicklung selbst aktiv „in die Hand zu nehmen“, um vorhandene Potenziale zu nutzen. Den Regionen stehen hierfür vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung.

Im Bereich der fachlichen Einflussfaktoren spielen vor allem die Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur, die Betriebsgrößenstruktur sowie die infrastrukturelle Ausstattung eine wachstumsfördernde Rolle. Ausschlaggebend für Standortentscheidungen von Wirtschaft und Bevölkerung sind vor allem die Verkehrs-, die Bildungs- und die Versorgungsinfrastruktur. Ihre Qualität beeinflusst maßgeblich das Wachstum der Region. Ein wichtiges Kapital einer Region ist darüber hinaus das Potenzial an qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften, das sich vor allem auch durch eine gut ausgebaute Bildungsinfrastruktur beeinflussen lässt.

Die Initiierung und Umsetzung von Projekten, die gezielt auf zu entwickelnde Bereiche der Räume ausgerichtet sind, spielt in den meisten Untersuchungsräumen eine sehr große Rolle. Als Initiatoren haben sich vor allem öffentliche Stellen wie Landratsämter, Planungsgemeinschaften oder Entwicklungsagenturen bewährt. Daneben ist vor allem für die Umsetzung das Engagement der Bevölkerung entscheidend.

Kreativität und Engagement entscheidend

Den insgesamt am häufigsten hervorgehobenen Faktor für die Entwicklung eines Wachstumsmotors stellt das Vorhandensein von Trendsettern und „starken Persönlichkeiten“ dar. In den meisten Räumen ist damit der Landrat oder Oberbürgermeister gemeint, der durch hohes persönliches Engagement, Aufgeschlossenheit und visionäres Handeln Wachstum begünstigt, einleitet und organisiert.

Ausgehend von den Ergebnissen der Analyse benennt die Studie eine Reihe von Handlungsempfehlungen, die eine Entwicklung zu einem Wachstumsmotor begünstigen können. Dazu gehört u. a. auch der Einsatz einiger neuer Instrumente der Raumordnung und Landesplanung:

- Festlegung konzeptioneller Vorstellungen über Entwicklungsrichtung und Entwicklungsinstrumentarium einer Region,
- Leitbildprozesse mit breiter Beteiligung von regionalen Akteuren und Bevölkerung,
- Entwicklung und Umsetzung eines übergeordneten regionalen Entwicklungskonzeptes,
- Nutzung eines umfassenden Regional- und Standortmarketings.

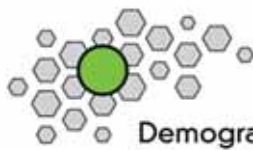
Voraussetzung für die Umsetzung solcher Instrumente sind das Vorhandensein kreativer Milieus, regionales Selbstbewusstsein und die aktive Beteiligung von Bevölkerung und regionalen Akteuren.

Bearbeitung:

Technische Universität
Kaiserslautern
Lehrstuhl Regionalentwicklung
und Raumordnung
(Auftragnehmer)

Kontakt:

Dr. Rupert Kawka
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 13 14
E-Mail:
rupert.kawka
@bbr.bund.de



Demografischer Wandel Region schafft Zukunft

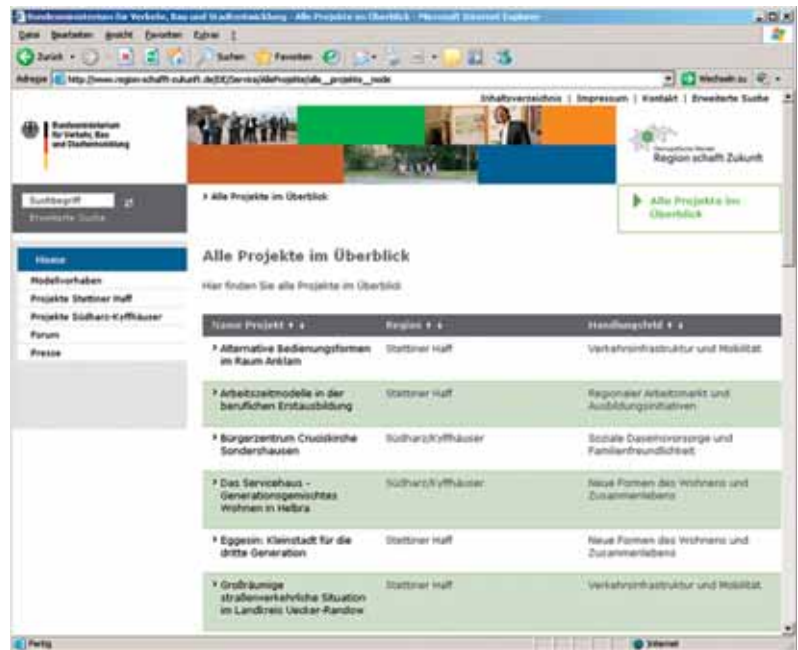
Am 22. April 2008 ging die Internetplattform region-schafft-zukunft.de online. „Region schafft Zukunft“ ist das Motto für das 2007 gestartete Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) fördert damit in den beiden Modellregionen „Südharz-Kyffhäuser“ und „Stettiner Haff“ innovative Projekte, um Lebensperspektiven im ländlichen Raum offensiv zu sichern und positiv zu entwickeln.

In dem Modellvorhaben engagieren sich Bund, Länder, Kommunen, viele Projektträger und die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam, um den Bewohnern Perspektiven in ihrer Region zu geben. Der Bund steht den Modellregionen dabei unterstützend zur Seite, die Initiative und das Engagement jedoch kommen aus den Regionen.

Vielfältige Strategien und Ansätze

Mit dem Internetauftritt region-schafft-zukunft.de stehen dem Internetnutzer eine entsprechende gebündelte Darstellung der vielfältigen Fachprojekte des Modellvorhabens und vertiefte Informationen zu einzelnen Aktivitäten und Akteuren zur Verfügung. Das Internetangebot bietet auch die Möglichkeit, sich aktiv in die Diskussion um die Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen einzubringen. Die Plattform gibt einen Überblick über alle Projekte: Inhalte und Ziele, Institutionen und Personen sowie Termine. Vorgestellt werden die Projekte aus den beiden Modellregionen „Stettiner Haff“ und „Südharz-Kyffhäuser“, Projekte aus vier Referenzregionen sowie darüber hinaus ausgewählte anderweitige Projekte.

Kernstück der Internetdarstellung sind vertiefte Informationen über die konkreten Lösungsansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels, die vor Ort gesucht und erprobt werden. Die Präsentation der regionalen Fachprojekte erfolgt strukturiert nach den bearbeiteten Handlungsfeldern.



Dazu gehören unter anderem der regionale Arbeitsmarkt und Ausbildungsinitiativen, Wirtschaft und Landwirtschaft, Verkehrsinfrastruktur sowie die Gesundheits-, Schul-, Sport- und Freizeitversorgung und neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens.

Forum

Auf einer eigenen Seite werden Zitate, Anregungen und Feedbacks der Akteure (Verantwortliche und Mitarbeiter der Regionen, Bürgerinnen und Bürger) dargestellt. Über ein angebotenes Kontaktformular können die Nutzer der Seite Lob und Anregungen, Ideen und Feedback einbringen.

Die erstmalige Bündelung kreativer Ansätze und einschlägiger Programme sowie deren konzentrierte Umsetzung in den Regionen hat Vorbild- und Impulscharakter für künftige Vorhaben und Förderprogramme. Das Internetangebot region-schafft-zukunft.de soll den Ergebnistransfer befördern – Voraussetzung für die Einbeziehung der entwickelten Strategien und Ansätze anderswo.

Web-Links:

BMVBS-interne Seite zum Modellvorhaben:
http://www.bmvbs.de/beauftragter/Chancen-der-Regionen-nutzen/-_3030/Modellvorhaben.htm

Auftragnehmer:

inter 3 – Institut für Ressourcenmanagement
 Dipl.-Komm.wirtin Helke Wendt-Schwarzburg
 Tel.: 030 – 34 34 74 46
 Fax: 030 – 34 34 74 50
 Otto-Suhr-Allee 59
 D - 10585 Berlin
 E-Mail:
wendt-schwarzburg@inter3.de

www.inter3.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 12,00 Euro
(zzgl. Versand)

Wanderungen – Neue Trends und Perspektiven

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4.2008

Für Fragen der Raum- und Stadtentwicklung besitzt die Auseinandersetzung mit Wanderungen eine zweifache Bedeutung. Zunächst ist unbestritten, dass Wanderungen als Bestimmungsgröße der regionalen Bevölkerungsentwicklung immer stärker an Gewicht gewinnen. In Zeiten, in denen der demographische Wandel als Rahmenbedingung für beinahe jeden Aspekt der Raumentwicklung in Erscheinung tritt und Geburtenüberschüsse rar werden, bleiben Wanderungsgewinne die einzige Quelle für eine Bevölkerungszunahme. Eine Konkurrenz zwischen Städten und Regionen um Einwohner hat es faktisch schon immer gegeben, in den letzten Jahren hat sich dieser „Wettbewerb“ aber zunehmend verschärft.

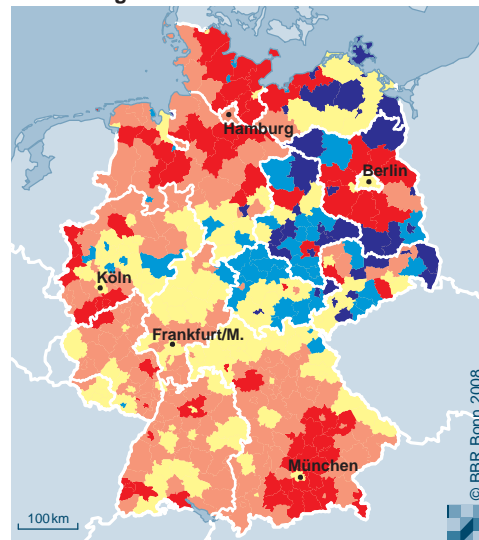
Ebenso bedeutend sind Wanderungen als Indikator für eine Vielzahl von weiteren, oftmals nicht direkt erfassbaren Eigenschaften von Wohnstandorten. Wanderungen werden dann als Reaktion auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den beteiligten Regionen aufgefasst, die fort- oder zuziehenden

Menschen nehmen offenbar eine Bewertung dieser Unterschiede vor. Je nach betrachteter Bevölkerungsgruppe und nach den beteiligten Räumen lassen Wanderungen sich mit vielfältigen Fragestellungen verbinden, zwischen denen aber Überschneidungen und Zusammenhänge bestehen können. Dieses oft als „Abstimmung mit den Füßen“ bezeichnete Phänomen erfordert es, jenseits von vordergründigen Betrachtungen tiefer in die Materie einzusteigen. Wanderungen müssen nicht zwingend Problemlagen signalisieren, sondern können genauso gut Hinweise auf (sinnvolle) Funktionsteilungen und Spezialisierungen darstellen.

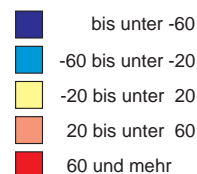
Wer sich eine Karte des Wanderungssaldos vor Augen führt, findet nicht selten ein Nebeneinander von regelhaften großräumigen Mustern und kleinräumigen oder lokalen Besonderheiten vor. Hinter den Wanderungssalden verbergen sich vielfältige Erscheinungen, die sich im Ergebnis überlagern, ergänzen und manchmal auch zu widersprechen scheinen. Die Beiträge in dem IzR-Heft sollen helfen, diese Vielfalt zu verstehen und in größere Zusammenhänge einordnen zu können. Sie befassen sich mit Wanderungen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen, vom gesamteuropäischen Maßstab bis hin zu innerstädtischen Umzügen, sowie mit verschiedenen Teilgruppen der Bevölkerung. Dabei überwiegen empirische Arbeiten, die nicht zuletzt dazu beitragen, einige Inhalte der aktuellen Diskussionen zur Raum- und Stadtentwicklung auf eine sachliche Grundlage zu stellen.

Dies gilt auch für die gegenwärtig thematisierte Frage einer möglichen Reurbanisierung, die auch als „Renaissance der Städte“ formuliert wird. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, dass pauschale Aussagen oftmals fehl am Platz sind und eher ein differenziertes Bild der Realität gerecht wird. Daneben werden auch andere Themen der gegenwärtigen raumwissenschaftlichen Diskussion im Spiegel der mit ihnen verbundenen Wanderungen angeschnitten. Hierzu zählen neben den immer stärker ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit tretenden Fragen der Integration und Internationalisierung auch die eher in der Fachwelt präasente Rolle der Metropolregionen und großräumigen Verantwortungsgemeinschaften.

Wanderungssaldo



Gesamtwanderungssaldo 1996-2005 je 1000 E.



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR
Geometrische Grundlage:
BKG, Kreise, 31.12.2006

Kontakt:

Claus Schlömer
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 31
E-Mail:
claus.schloemer
@bbr.bund.de

500 Kommunen in Deutschland mit Integrationsbedarf

Ein Ergebnis der ExWoSt-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“



In Deutschland leben 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Unter den Vorschulkindern kommt sogar jedes dritte aus einer Zuwandererfamilie. Nicht alle Migranten benötigen Hilfestellungen für ihre Integration in diese Gesellschaft. Integrationsbedarf besteht vor allem dort, wo hohe Zuwandererkonzentration und soziale Benachteiligung aufeinander treffen. Dies ist in bundesweit 5000 Wohngebieten in 1 500 Stadtteilen von 500 Kommunen der Fall.

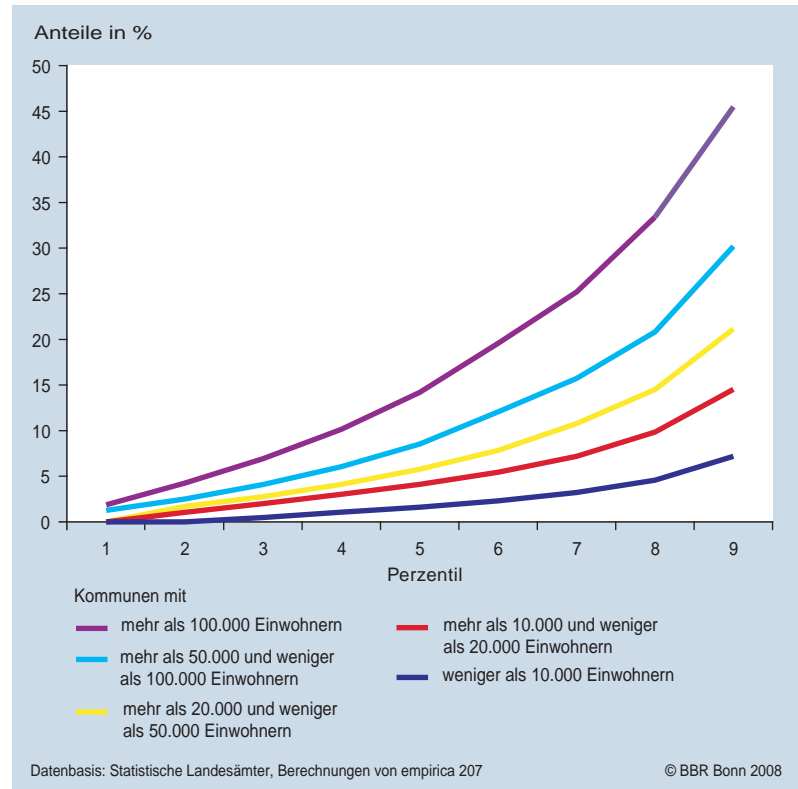
Diese bundesweite Abschätzung des Integrationsbedarfs auf Stadtteilebene und eine systematische Auswertung von Konzepten und Praxisbeispielen zur Förderung der Integration von Zugewanderten im Stadtteil sind erste Ergebnisse der Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“, die das BBR bei empirica in Auftrag gegeben hat.

Insgesamt sind 75 000 Wohnquartiere untersucht worden. Für die Erhebung wurde die amtliche Statistik mit weiteren Quellen wie Innerstädtische Raumbearbeitung des BBR, Bildungsdaten, Marktdaten, Länderauswertungen und einzelnen städtischen Erhebungen verknüpft. Über die Hälfte der Quartiere mit erhöhtem Integrationsbedarf liegt in Metropolen, lediglich 300 in Kleinstädten; die meisten sind Altbauquartiere oder Siedlungserweiterungen der 50er und 60er Jahre.

Differenziert nach dem Alter fällt eine besonders hohe, den gesamtstädtischen Wert deutlich übersteigende kleinräumliche Konzentration bei Grundschulkindern mit Migrationshintergrund auf. Die Analyse von 13 400 Grundschulen ergab, dass Großstadtquartiere die stärkste Konzentration nichtdeutscher Kinder in den Grundschulen zu verzeichnen haben mit der Folge deutlich schlechterer Bildungs- und Ausbildungschancen.

Schulen nehmen eine Schlüsselposition für erfolgreiche Integration ein, wenn sie als „Ganztags- und Nachbarschaftsschulen“ ausgebaut werden. Weiterhin sind auf Stadtteilebene die Aufwertung von Wohnen, Wohnumfeld und öffentlichem Raum, die Förderung von Kleinunternehmen und die quartiersbezogene Beteiligung der Bewohner integrationsfördernd.

Anteil der Grundschüler aus Zuwandererfamilien nach Gemeindegrößen



Im weiteren Verlauf der Untersuchung werden acht Fallstudien bei ihrer Integrationsarbeit begleitet und evaluiert. Die Forschergruppe will damit übertragbare Erkenntnisse gewinnen und Schlussfolgerungen für den Handlungsbedarf und die Weiterentwicklung der stadtentwicklungspolitischen Steuerungsinstrumente des Bundes ableiten.

Auftragnehmer:

empirica – Quantitative Marktforschung, Stadt- und Strukturpolitik GmbH
Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier
Timo Heyn
Kaiserstraße 29
53113 Bonn
bonn@empirica-institut.de
0228 – 914 89-0

Kurfürstendamm 234
10719 Berlin
berlin@empirica-institut.de
030 – 884 795-0

Kontakt:

Martina Kocks
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 23 21
E-Mail:
martina.kocks@bbr.bund.de

Zwischenergebnisse der Studie sind in den „ExWoSt Informationen 34 /1 „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ erschienen, die kostenlos bei silvia.becker@bbr.bund.de bestellt oder auf der Website des BBR heruntergeladen werden können.

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 228 99 - 4 01 - 0
Telefax: 0 228 99 - 4 01 - 22 66
Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.
Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 2/2008 – Mai

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbr.bund.de

Neue *Internetbeiträge aus der Forschung* finden Sie unter **Neues/Termine/Internetbeiträge aus dem wissenschaftlichen Bereich**.

In der Rubrik **Forschungsprogramme**:

Allgemeine Ressortforschung / Raumordnung

- Chancen und Risiken steigender Verkehrskosten für die Stadt- und Regionalentwicklung – Übergangsszenario „Postfossile Mobilität“

Allgemeine Ressortforschung / Stadtentwicklung

- Langzeitwirkung und Effektivierung der Städtebauförderung

Allgemeine Ressortforschung / Wohnungswesen

- Auswirkungen der Regelungen zur Übernahme der Kosten der Unterkunft auf Transferleistungsempfänger und Kommunen
- Contracting im Mietwohnungsbau

ExWoSt-Studien

- Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen
- Strategien für Wohnstandorte im Stadtumland

ExWoSt-Forschungsfeld

- Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens: Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften

MORO-Forschungsfeld

- Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtreionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung

Zukunft Bau / Auftragsforschung

- Inspektions- und Sanierungsstrategien für nicht öffentliche Grundstücksentwässerungsanlagen
- Ökologische Bewertung der Haustechnik
- Web-basiertes ökologisches Baustoffsystem WECOBIS
- Umsetzung leistungsorientierter Brandschutzvorschriften
- Externe Kosten im Hochbau

Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat I 7
Wissenschaftliche Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
E-Mail:
karin.veith
@bbr.bund.de

FOPS

- Wirksamkeit und Effizienz kommunaler Maßnahmen zur Einhaltung der EG-Luftqualitäts- und Umgebungslärmrichtlinie

Downloads zu aktuell erschienenen Publikationen finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veröffentlichungen**. Alle *Veranstaltungen* finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.